

Rüstow, Hanns-Joachim; Hiß, Dieter; Schmidt, Hans

Article — Digitized Version

Gastarbeiter, Gewinn oder Belastung für unsere Volkswirtschaft?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rüstow, Hanns-Joachim; Hiß, Dieter; Schmidt, Hans (1965) : Gastarbeiter, Gewinn oder Belastung für unsere Volkswirtschaft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 12, pp. 631-641

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133547>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gastarbeiter – Gewinn oder Belastung für unsere Volkswirtschaft?

Die Dankbarkeit, mit der vor einigen Jahren die ersten ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik empfangen wurden, ist einer weit verbreiteten Skepsis über die Beschäftigung von Ausländern gewichen. Sah man anfangs in der Ausländerbeschäftigung vorwiegend eine willkommene Entlastung unseres Arbeitsmarktes, so mehren sich heute die Stimmen, die von einer Belastung für unsere Volkswirtschaft und damit für unseren Lebensstandard wissen wollen. Der WIRTSCHAFTSDIENST hat zwei prominente Wissenschaftler, die sich mit der Gastarbeiterfrage in volkswirtschaftlicher Sicht besonders intensiv befaßt haben, gebeten, ihre Argumente in zwei kurzen Artikeln niederzulegen. — Neben den Beiträgen von Prof. Dr. Hanns-Joachim Rüstow, München, und Dr. Dieter Hiß, Berlin, veröffentlichen wir nachstehend ein Interview mit dem für das Personalwesen zuständigen Vorstandsmitglied der Ford-Werke AG., Köln, Hans Schmidt, das die betrieblichen Aspekte der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zum Gegenstand hat. Die Expertendiskussion wird ergänzt durch eine Analyse der Gastarbeiter-Problematik in der Schweiz von Prof. Dr. Egon Tuchfeldt, Bern, auf S. 643 ff.

Ohne Gastarbeiter höherer Lebensstandard?

Wie der Titel des vorliegenden Beitrages besagt, soll sich die Behandlung des vielschichtigen Problems der Gastarbeiter auf eine rein ökonomische Betrachtung beschränken und unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt durchgeführt werden, dem bisher nur wenig Beachtung geschenkt wurde.

Ohne Zweifel kommt die Einschaltung von außen zuströmender Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß dem Wachstum unseres Sozialproduktes zugute. Das gilt genauso für den früher erheblichen Zustrom von Flüchtlingen und von deutschen Arbeitnehmern aus dem Osten wie für die Beschäftigung nichtdeutscher Arbeitskräfte. Selbstverständlich wäre ohne die Mitwirkung aller dieser Arbeitskräfte das Sozialprodukt weniger schnell gewachsen. Aber ist man berechtigt, aus der Tatsache, daß die Steigerung des Sozialproduktes in seiner absoluten Größe durch die Mitwirkung jener Arbeitskräfte gefördert wird, auf eine dadurch bedingte (bzw. mitbedingte) Vergrößerung des Sozialproduktes auch pro Kopf aller Erwerbstätigen zu schließen oder gar die vielbewunderte Steigerung unseres Lebensstandards seit der Währungsreform mehr oder weniger weitgehend hierauf zurückzuführen? Man wird sich vielleicht entsinnen, daß prominente Vertreter der DDR sogar glaubhaft machen wollten, daß das „Wirtschaftswunder“ Westdeutschlands auf dem Zustrom von Arbeitskräften aus Mitteleuropa beruhe und daß der geringere eigene Lebensstandard auf den Verlust dieser Arbeitskräfte zurückzuführen sei. Die schnellere Entwicklung des Lebensstandards in Westdeutschland sei mithin keineswegs ein Beweis für die Überlegenheit unseres Wirtschaftssystems.

Wenn wir im folgenden den Einfluß nur der Gastarbeiter auf die Entwicklung unseres Lebensstandards untersuchen, so lassen die Ergebnisse doch gewisse Analogieschlüsse darauf zu, welche Wirkungen der Zustrom sonstiger Arbeitskräfte in dieser Hinsicht ausübt bzw. ausgeübt hat.

NOTWENDIGER KONSUMVERZICHT ZUGUNSTEN DER KAPITALBILDUNG

Aus unserer Problemstellung ergeben sich zunächst drei Fragen:

1. Wie hoch ist die durch Gastarbeiter ermöglichte zusätzliche Produktion zu veranschlagen?
2. Wie hoch ist der Eigenverbrauch der Gastarbeiter?
3. In welchem Ausmaß und für welche Dauer erfordert ihre Beschäftigung zunächst einen Konsumverzicht — zugunsten der Kapitalbildung —, um für ihre Eingliederung in den Produktionsprozeß entsprechende Kapitalanlagen und Arbeitsplätze zu schaffen?

Die letzte Frage ist natürlich nur sinnvoll, wenn die alternative Möglichkeit besteht, an Stelle von Kapitalanlagen Konsumgüter zu erzeugen, die dem eigenen Lebensstandard unmittelbar zugute kommen, oder wenn die aus unverminderter Investition hervorgehenden Anlagen auch ohne Gastarbeiter für die Steigerung unseres Lebensstandards nutzbar gemacht werden könnten. Daß die Nutzung vorhandener Kapitalanlagen mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte für unseren Lebensstandard günstiger ist als ihr Brachliegen, bedarf keiner Erörterung. Ebenso selbstverständlich ist es, daß der Versuch, eine für die inlän-

dischen Arbeitskräfte zu große Zahl von Arbeitsplätzen mit deutschen Arbeitnehmern ohne Anwerbung von Gastarbeitern zu besetzen, die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt noch verschärfen und den inflatorischen Lohn- und Preisauftrieb wesentlich verstärken würde.

Da die zusätzliche Produktion mit Hilfe von Gastarbeitern in der Regel erheblich größer ist als der zusätzliche Konsum durch ihren Eigenverbrauch, muß nach einer gewissen Zahl von Jahren der anfängliche Konsumverzicht zugunsten von Investitionen für Gastarbeiter durch den Überschuß der zusätzlichen Produktion über den zusätzlichen Verbrauch kompensiert und überkompensiert werden. Von diesem Zeitpunkt an kommt der Produktionsüberschuß der Gastarbeiter dem Lebensstandard der deutschen Bevölkerung zugute. Erst dann kann die Behauptung zutreffen, daß unser Lebensstandard durch die Mitwirkung von Gastarbeitern gesteigert wird.

Wenn ständig — Jahr für Jahr — zusätzliche Gastarbeiter beschäftigt werden, ist immer wieder ein neuer Konsumverzicht zugunsten der Kapitalbildung erforderlich. In diesem Falle ergibt sich eine Steigerung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung durch die Mitwirkung von Gastarbeitern im Produktionsprozeß noch nicht zu dem Zeitpunkt, in dem die Mehrproduktion der ersten zugewanderten Schicht von Gastarbeitern (über ihren eigenen Verbrauch hinaus) den Konsumverzicht kompensiert, der zunächst für sie notwendig war. Vielmehr ist ein positiver Einfluß der Beschäftigung nichtdeutscher Arbeitskräfte auf die Entwicklung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung erst dann gegeben, wenn darüber hinaus auch der weitere Konsumverzicht zugunsten aller nachfolgenden — zusätzlich beschäftigten — Gastarbeiter per Saldo voll kompensiert wird. Wann dies der Fall ist, hängt für die Zukunft natürlich weitgehend von der nicht voraussehbaren weiteren Zunahme der Gastarbeiter ab.

Für die Gegenwart bzw. Vergangenheit seit dem Jahre 1957, in dem die Beschäftigung von Gastarbeitern mit rund 100 000 nichtdeutschen Arbeitskräften

bereits ein ins Gewicht fallendes Ausmaß erreichte, ergibt sich — bei Unterstellung realitätsnaher Annahmen —, daß der Konsumverzicht, der für die Beschäftigung unserer Gastarbeiter notwendig ist bzw. notwendig war, bisher noch nicht durch den Überschuß ihrer Produktion über den Eigenverbrauch kompensiert sein dürfte. Es handelt sich also um eine erhebliche Anzahl von Jahren bis zur vollen Kompensation des anfänglichen Konsumverzichts.

Eine Vorführung der Berechnungen und Schätzungen, aus denen sich diese Feststellung ergibt, ist im Rahmen eines kurzen Aufsatzes nicht möglich. Die Überschußproduktion der Gastarbeiter über ihren Eigenverbrauch muß nämlich für jeden „Jahrgang“ (das heißt für jede Schicht von Gastarbeitern, die in den einzelnen Jahren zusätzlich beschäftigt wurden) gesondert unter Berücksichtigung folgender Faktoren ermittelt werden. Einerseits nimmt der Eigenverbrauch der Gastarbeiter entsprechend der laufenden Erhöhung des Arbeitseinkommens ständig zu, während eine ins Gewicht fallende Steigerung der Produktion in der Regel neue Produktionsanlagen mit besserer technischer Ausstattung voraussetzt. Andererseits wächst auch der Kapitalbedarf für die Schaffung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes infolge der zunehmenden Kapitalintensität der eigentlichen Produktionsanlagen (gewerbliche Bauten und Ausrüstungen) und der erforderlichen komplementären Wohnräume und Infrastrukturanlagen (Straßen und sonstige Verkehrs- sowie Verwaltungseinrichtungen, Wasserversorgung und Kanalisation, Krankenhäuser und Schulen etc.). Der durchschnittliche Kapitalbedarf für einen neuen Arbeitsplatz im engeren Sinne kann z. Z. mit etwa 50 000 DM veranschlagt werden. Dazu kommt ein ungefähr gleich großer Betrag für Wohnraum und Infrastrukturanlagen, so daß der Gesamtwert eines neuen Arbeitsplatzes etwa 100 000 DM beträgt. Der zunehmenden Kapitalintensität der Arbeitsplätze entsprechend steigt natürlich auch der notwendige Konsumverzicht je zusätzlich beschäftigtem Gastarbeiter.

Eine genaue Ermittlung des Zeitpunktes, in dem der Konsumverzicht zugunsten der Kapitalbildung durch

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg

den Produktionsüberschuß der Gastarbeiter über ihren Eigenverbrauch kompensiert wird, ist nicht möglich, da man weitgehend auf Schätzungen angewiesen ist, die allerdings durch die Arbeit von Forschungsinstituten gut fundiert sind. Der Sinn unserer Ausführungen kann nur sein, darauf hinzuweisen, daß der Vermehrung des Sozialprodukts durch die Mitwirkung von Gastarbeitern im Produktionsprozeß der Konsumverzicht gegenübergestellt werden muß, der zugunsten der Kapitalbildung und Schaffung zusätzlicher Produktionsanlagen und Arbeitsplätze erforderlich ist, wenn man sich Rechenschaft darüber ablegen will, wie die Beschäftigung von nichtdeutschen Arbeitskräften die Entwicklung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung beeinflußt. Diejenigen, die der Zuwanderung von Arbeitskräften ohne weiteres einen positiven Einfluß in dieser Hinsicht zuschreiben oder sogar die außergewöhnliche Steigerung unseres Lebensstandards nach der Währungsreform in erster Linie — oder weitgehend — auf diese Zuwanderung zurückführen, dürften den hier dargestellten Zusammenhang übersehen haben.

Da der notwendige Konsumverzicht zugunsten der Kapitalbildung erst nach einer erheblichen Zahl von Jahren durch einen Produktionsüberschuß kompensiert und überkompensiert wird, stellt sich das Problem so dar, daß die Zuwanderung von Arbeitskräften unseren Lebensstandard erst in einer fernen Zukunft auf Kosten der Gegenwart, in der seine Steigerung gedrosselt wird, erhöht. Um diese Wirkung bewerten zu können, muß man sich vor Augen halten, daß unser Lebensstandard infolge des ständigen Produktivitätsfortschritts schon in naher Zukunft erheblich höher sein wird als gegenwärtig und daß das Einkommensniveau eines großen Teils der deutschen Bevölkerung in den vergangenen Jahren noch keineswegs befriedigend war.

Selbstverständlich übt die Schaffung zusätzlicher Produktionsanlagen und Arbeitsplätze für die Beschäftigung des eigenen Bevölkerungszuwachses oder für die Einbeziehung von Flüchtlingen in den Produktionsprozeß den gleichen Einfluß auf die Entwicklung

unseres Lebensstandards aus wie die Kapitalbildung für die Beschäftigung von Gastarbeitern. In diesen Fällen aber erübrigt sich der Hinweis auf den zunächst notwendigen Konsumverzicht. Denn diesen Konsumverzicht wird man ebensowenig als ein Opfer oder als eine fragwürdige Angelegenheit ansehen wie die Kosten für die Versorgung unserer Kinder. Auch die Beschäftigung von Gastarbeitern könnte man als eine moralische Verpflichtung, als einen sozialen Akt internationaler Solidarität betrachten, solange jene nichtdeutschen Arbeitskräfte in ihren Heimatländern der Arbeitslosigkeit ausgesetzt waren. Mit zunehmender Verknappung der Arbeitskräfte auch in den Heimatländern der Gastarbeiter aber verliert dieser Gesichtspunkt an Bedeutung und Überzeugungskraft.

Zu untersuchen bleibt, ob überhaupt die alternative Möglichkeit gegeben ist bzw. gegeben war, statt der Investitionsgüter zur Schaffung von Produktionsanlagen und Arbeitsplätzen für Gastarbeiter Konsumgüter für die unmittelbare Hebung unseres Lebensstandards zu produzieren oder jene Produktionsanlagen durch eine andere Art der Verwendung der Steigerung unseres Lebensstandards nutzbar zu machen.

GASTARBEITER BELASTEN ZUNÄCHST UNSEREN LEBENSSTANDARD

In unserem Wirtschaftssystem ist die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investition am Sozialprodukt, in ihrer Höhe und Entwicklung selbstverständlich nicht dem Zufall überlassen. Ohne die Wirksamkeit steuernder Kräfte wäre keine Gewähr dafür gegeben, daß die Investition jemals zur Schaffung von Arbeitsplätzen für alle Arbeitskräfte ausreicht. Eine zu geringe Investitionsquote könnte chronische und kumulativ wachsende Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Andererseits wäre es aber auch möglich, daß die Investitionsquote ständig das für Vollbeschäftigung notwendige Ausmaß überschreitet und eine kumulativ sich verstärkende, inflatorisch wirkende Übernachfrage nach Arbeitskräften hervorruft. Die Tatsache, daß wir seit vielen Jahren eine anhaltende Überbeanspruchung des Arbeitsmarktes und eine —

Worin liegt der Reiz des Fliegens?

Einmal im Zeitgewinn. Zweitens in den Annehmlichkeiten, die Ihnen geboten werden. Wenn Sie mit Swissair fliegen, kommt noch mehr dazu: streckengerechte Düsenflugzeuge der bewährten 3 Typen DC-8, Coronado und

Caravelle. Ferner die sprichwörtliche Schweizer Präzision und Gastlichkeit. Und eine vorbildliche Betreuung der Fluggäste — überall in der Welt.

Fragen Sie Ihr IATA-Flugreisebüro,
für Luftfracht Ihren IATA-Spediteur.

Weltbekannt für Service und Verlässlichkeit

SWISSAIR



wenn auch gemäßigte — Preissteigerung zu verzeichnen haben, zeugt davon, daß die Regulierung der Investitionsquote nur unzulänglich funktioniert hat.

Ohne Zweifel wäre im Falle einer geringeren Steigerung unserer außergewöhnlich hohen Investitionsquote keine Übernachfrage nach Arbeitskräften entstanden und keine Veranlassung zur Anwerbung von Gastarbeitern gegeben gewesen. Schon ein schwacher retardierender Einfluß auf die Höhe und Entwicklung der Investitionsquote hätte ausreichend der Tatsache Rechnung getragen, daß der Zuwachs an eigenen Arbeitskräften in den Jahren des starken Zustroms von Gastarbeitern nur gering war. Eine erhebliche Abschwächung der Investitionstätigkeit wäre gar nicht möglich gewesen, ohne Arbeitslosigkeit hervorzurufen. Denn eine Verminderung der Nachfrage nach Produktionsmitteln und der Erzeugung von Investitionsgütern hat zur Folge, daß ein geringerer Teil der laufenden Produktion durch die gesamtwirtschaftliche Investition absorbiert und vom Konsumgütermarkt ferngehalten wird. Hierdurch verstärkt sich der Angebotsdruck auch auf diesem Markt, verschlechtert sich die Erlös-Kosten-Relation für die Unternehmer und erfolgt eine schnellere Stilllegung und Ausscheidung unrentabler Produktionsanlagen. Um nicht Arbeitslosigkeit entstehen zu lassen, muß in einem solchen Fall ein sehr großer Teil der (gesamtwirtschaftlichen) Investition, die zuvor der Schaffung zusätzlicher Produktionsanlagen und Arbeitsplätze — d. h. der makroökonomischen „Erweiterungsinvestition“ — diente, zur Erstellung von Ersatzanlagen für die stillgelegte Apparatur, d. h. zur makroökonomischen „Ersatzinvestition“ verwendet werden. Daher ist die unmittelbare Steigerung des Lebensstandards durch Vergrößerung des Anteils der Konsumgüterproduktion nur gering. Infolgedessen wäre auch der für den Konsum verfügbare Teil unseres Sozialprodukts ohne die Beschäftigung von Gastarbeitern in der Vergangenheit nicht wesentlich größer gewesen.

Es ist also anzunehmen, daß ohne Gastarbeiter der notwendige Konsumverzicht zugunsten des Ersatzes für stillgelegte unrentable Produktionsanlagen in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen und daß dieser Konsumverzicht für Ersatzinvestitionen nicht sehr viel geringer gewesen wäre als der Konsumverzicht für Erweiterungsinvestitionen zur Schaffung zusätzlicher Produktionsanlagen, deren Nutzung nur durch die Beschäftigung von Gastarbeitern möglich war. Die Produktivitätssteigerung im Falle besserer Ausstattung der eigenen Arbeitskräfte mit den leistungsfähigeren Produktionsanlagen der Ersatzinvestition wäre aber im vollen Umfange der Steigerung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung zugute gekommen, ohne daß nichtdeutsche Arbeitskräfte daran partizipiert hätten.

Soweit ohne den Zustrom von Gastarbeitern die notwendige Steigerung der makroökonomischen Ersatzinvestition — bei unveränderter Investitionsquote — einen gleich großen zeitweiligen Konsumverzicht erfordert hätte wie die Erweiterungsinvestitionen, wären

die Auswirkungen auf die Entwicklung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung jedenfalls nicht ungünstiger, sondern eher günstiger gewesen als die Wirkungen der Schaffung von Produktionsanlagen, deren Besetzung mit Arbeitskräften nur durch die Zuwanderung möglich war. Soweit aber die Investitionsquote ohne den Zustrom von Gastarbeitern eine geringere Höhe — zugunsten der Konsumquote — erreicht hätte, wäre eine stärkere unmittelbare Steigerung unseres Lebensstandards die Folge gewesen.

Eine Minderbeschäftigung von Gastarbeitern bei einer — wenn auch nur geringen — Drosselung der Investitionsquote hätte also keine nachteiligen Auswirkungen, vielmehr gewisse Vorteile für die Entwicklung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung gehabt. Der — mögliche — Einwand, daß bei einer geringeren gesamtwirtschaftlichen Expansion auch die produktiven Kräfte schwächere Anregung erhalten hätten und daß die schleichende Inflation kein zu hoher Preis für stärkeres Wachstum sei, kann nicht überzeugen, solange der Nachweis nicht erbracht ist, daß ohne inflatorische Über-Expansion die Entfaltung der Produktivkräfte für ein optimales Wachstum und eine noch günstigere Entwicklung des Lebensstandards nicht ausgereicht hätte. Die Frage, ob bei starren Wechselkursen überhaupt die Möglichkeit bestand, die wirtschaftliche Expansion stärker zu drosseln, und ob die dazu erforderlichen Maßnahmen nicht ihrerseits mit Reibungsverlusten verbunden gewesen wären, die den Erfolg in Frage gestellt hätten, kann hier nicht erörtert werden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aus der Tatsache, daß die Über-Expansion und die Beschäftigung von nichtdeutschen Arbeitskräften keinen positiven Einfluß auf die Entwicklung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung ausgeübt hat, ergeben sich für die zukünftige Entwicklung und ihre Beurteilung folgende Konsequenzen:

Sollten sich die Investitionstätigkeit und die expansiven Kräfte in der Bundesrepublik etwas abschwächen — zur Zeit sind wir offenbar am Beginn eines solchen Prozesses —, so wäre dies im Hinblick auf die Entwicklung des Lebensstandards keinesfalls zu bedauern, im Hinblick auf die Lage am Arbeitsmarkt und auf die Entwicklung des Preisniveaus aber zu begrüßen. Würde die Entspannung des Arbeitsmarktes so weit gehen, daß die Nachfrage nach Gastarbeitern ganz erheblich schrumpft und daß sogar der heutige Beschäftigungsgrad nicht uneingeschränkt aufrechterhalten werden kann, so würde eine Verminderung — oder Einstellung — der Anwerbung von nichtdeutschen Arbeitskräften dieser Situation wahrscheinlich genügend Rechnung tragen, ohne daß etwa Arbeitslosigkeit entstehen müßte. Denn die Fluktuation der Gastarbeiter ist so groß, daß der Verzicht auf einen Ersatz der in ihre Heimat zurückkehrenden Arbeitskräfte bereits in einem Jahr eine Entlastung des Arbeitsmarktes um mehrere hunderttausend Arbeitssuchende zur Folge haben würde.

Der Verzicht auf die Beschäftigung von Gastarbeitern kann jedenfalls nur durch eine Abschwächung der Investitionstätigkeit und geringere Vermehrung der Produktionsanlagen erreicht werden. Eine Verlängerung der Arbeitszeit deutscher Arbeitskräfte ist hierzu kein geeignetes Mittel. Denn die Nachfrage nach Gastarbeitern zur Besetzung einer für unsere eigenen Arbeitskräfte zu großen Zahl von Arbeitsplätzen wird durch Verlängerung der Arbeitszeit nicht eingeschränkt. Aus analogen Gründen wäre aber auch eine Arbeitszeit-Verkürzung kein geeignetes Mittel, um einer

Entstehung von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Denn durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wird die Rentabilität von Produktionsanlagen, deren Stilllegung die Arbeitslosigkeit verursacht, nicht wiederhergestellt.

Alle diese Probleme bedürfen der Diskussion und Klärung als Voraussetzung für eine vernünftige Zielsetzung der Wirtschaftspolitik und für die Wahl der richtigen Mittel und Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele.

Prof. Dr. Hanns-Joachim Rüstow, München

Hereinnahme von ausländischen Arbeitskräften — eine vernünftige Maßnahme

Als vor zwei Jahren der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Dr. Günter Henle, bei passender Gelegenheit erklärte, wöchentlich zwei Überstunden jedes westdeutschen Arbeitnehmers würden 800 000 Fremdarbeiter entbehrlieh werden lassen, war dies in erster Linie ein Rechenexempel, in zweiter Linie ein Wunschtraum, eine Willenserklärung nur auf unrepräsentativer Basis. Wenn neuerdings die Wickert-Institute in einer repräsentativen Meinungsumfrage laut Pressemeldung (Die Zeit, Nr. 31 vom 30. 7. 1965) zu dem Ergebnis gelangen, 55% der Berufstätigen in der Bundesrepublik seien bereit, jede Woche eine Stunde und mehr zusätzlich zu arbeiten, wenn dadurch die Fremdarbeiter in deutschen Unternehmen überflüssig würden, so wird man auch diese Mitteilung nicht allzu ernst nehmen. Neigen doch gerade die ausländischen und nicht die deutschen Arbeitskräfte stärker zu Überstunden. Wäre es mit der Bereitschaft zu zusätzlicher Arbeit ernst gemeint, so wäre das nur noch aus dem Ausland zu deckende Arbeitskräftedefizit gar nicht erst im gegebenen Umfang entstanden. Niemand hindert schließlich jemanden daran, Überstunden zu leisten!

UNREALISTISCHE ALTERNATIVE

Immerhin läßt aber schon die Erklärung des Unternehmers und noch mehr das Ergebnis der Meinungsforschung vermuten, daß es sich hier um ein vielschichtiges Problem handelt, zu dem unterschiedliche Meinungen nicht nur vorhanden, sondern auch vertretbar sind. Nur sollte man von vornherein die Alternative nicht unrealistisch formulieren. Sie heißt keineswegs: gegebenes wirtschaftliches Wachstum mit ausländischen Arbeitskräften oder mit verlängerter Arbeitszeit der deutschen Beschäftigten. (Sie heißt deshalb nicht so, weil mittel- und längerfristig die Tendenz in Richtung kürzerer Arbeitszeit diese Alternative ausgelöscht hat.) Die Fragestellung lautet vielmehr: Ergänzung oder Nicht-Ergänzung des auch in Zukunft eher leicht rückläufigen inländischen Arbeitspotentials bei rückläufiger Arbeitszeit durch Arbeitskräfte aus dem Ausland. Welche volkswirtschaftlichen Wirkungen sind im einen oder anderen Fall zu erwarten?

Von vornherein soll dabei im Bewußtsein gehalten werden, daß das Problem sowohl für die beteiligten Volkswirtschaften als auch für die beteiligten Individuen andere Seiten als rein wirtschaftliche aufweist. Die wirtschaftspolitische Entscheidung zugunsten der Ausländerbeschäftigung ist sicherlich keine Frage der reinen Ökonomie gewesen, sondern vielleicht in Kenntnis der Einflüsse auf Wachstum, Einkommensverteilung und Konjunktur, gewiß aber nicht nur in Würdigung dieser Gesichtspunkte gefällt worden.

EINZELWIRTSCHAFTLICHE ÜBERLEGUNGEN DOMINIEREN

Ferner sollte man sich klarmachen, daß der Strom von Arbeitskräften nicht volkswirtschaftlichen, sondern einzelwirtschaftlichen Überlegungen entspringt. Die Zuwandernden stehen weitgehend vor der Alternative, entweder außerhalb ihrer Heimatländer bei höheren als den heimischen Löhnen zu arbeiten oder sich daheim mit niedrigeren Löhnen, wenn nicht mit ganzer oder teilweiser Arbeitslosigkeit abzufinden. Man kann beide Seiten dieser Alternative als unbefriedigend betrachten, aber: Tertium non datur! Zumindest kurzfristig besteht eine dritte Möglichkeit nicht, die in den Herkunftsländern dieser Arbeitskräfte erst durch weitere wirtschaftliche Entwicklung geschaffen werden muß. Unterstellt man, daß der Entwicklungsehrgeiz dieser Länder nicht beeinträchtigt wird durch die Möglichkeit, den Druck der Arbeitslosigkeit und Not durch Vermittlung von Arbeitern in das Ausland zu mildern, so ist es sicher positiv zu beurteilen, daß diesen Menschen in ihrem — mit den Augen eines saturierten Mitteleuropäers betrachtet — so oder so ärmlichen und menschlich harten Existenzlos überhaupt eine Wahlmöglichkeit geboten wird. Freilich soll mit dieser Feststellung schon anklingen, daß eine völlig liberale Freizügigkeit auch über die Landesgrenzen hinweg gerade dann nicht im Interesse des abgebenden Landes liegen mag, wenn es an eigenen Entwicklungszielen festhalten will und der Sog wirtschaftlich weiter entwickelter Nachbarstaaten auf seine Arbeitskräfte stark ist. Richtig dosiert, d. h. auf „überschüssige“ Arbeitskräfte beschränkt, vermag die Abwanderung die Erreichung der eigenen Entwicklungsziele zweifellos zu erleichtern. Es seien hier nur in Stichwörtern die Rolle der im

Ausland gewonnenen Erfahrung oder gar Ausbildung bei späterer Rückkehr, vorher aber auch schon die auf der Basis von Geldüberweisungen im Ausland Weilender sich stärker entwickelnde heimische Nachfrage genannt. Selbst die, wenn auch in bescheidenem Rahmen, investive Verwendung im Ausland angesparter Beträge nach Rückkehr, unternommen zur Existenzgründung oder -verbesserung, verdient erwähnt zu werden.

Einzelwirtschaftliche Erwägungen dominieren aber auch auf Seiten der Unternehmer, die den ausländischen Kräften Beschäftigung anbieten. Die westdeutschen Unternehmer als Gruppe haben die Wahl, sich auf einem gegenüber dem Ausland abgeschlossenen Arbeitsmarkt gegenseitig schärfere Konkurrenz um die einheimischen Arbeitskräfte zu machen (Abwerbung) oder auf ausländische Arbeiter zurückzugreifen. Dies können sie in der Form, daß sie einen Teil der Produktion in das Ausland verlagern (Zweigwerke oder Beschäftigung ausländischer Zulieferanten), oder in Form der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für inländische Produktionsstätten. Wenn die Unternehmer den offenen Arbeitsmarkt begrüßen und in nennenswertem Umfang Ausländer als Arbeitskräfte heranziehen, so ist das für sie offenbar die im Vergleich zu den anderen Möglichkeiten billigere und/oder angenehmere Lösung. Das bedeutet nicht, daß die anderen Lösungen nicht auch in vielen Fällen gewählt werden. Es bedeutet aber, daß die Unternehmer bei offenem Arbeitsmarkt ihre Produktions- und Investitionsentscheidungen in einem weniger einengenden Rahmen

treffen können. Sie haben sozusagen eine Wahlmöglichkeit mehr.

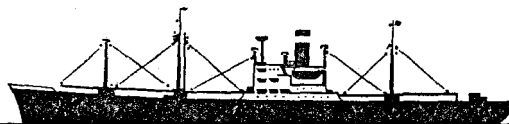
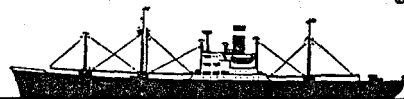
VORTEILE DES „ABGESCHLOSSENEN“ ARBEITSMARKTES?

Wenn die Unternehmer bei Übernachfrage am Arbeitsmarkt den Zufluß aus dem Ausland verstopft fänden, würde sich der nach oben gerichtete Lohndruck verstärken. Dies hätte zunächst einen verstärkten Preisauftrieb sowie stärkere Importsteigerung und schwächere Exportsteigerung zur Folge. Die Verstärkung des Lohndrucks würde über eine induzierte oder durch wirtschaftspolitische Maßnahmen herbeigeführte Verlangsamung des weiteren wirtschaftlichen Wachstums wieder abgeschwächt werden können. Ein Teil dieser Verstärkung wäre volkswirtschaftlich aber auch zu verkraften. Denn es könnte jetzt die Kapitalausstattung des einzelnen Arbeitsplatzes schneller steigen denn zuvor, als bei stärker zunehmender Beschäftigung ein größerer Teil der Netto-Investitionen noch auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze entfiel. Die Arbeitsproduktivität nähme schneller zu als bei offenem Arbeitsmarkt.

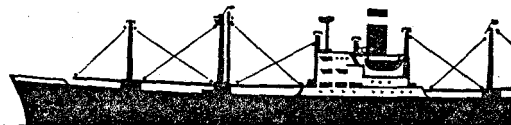
An diesem Punkt angekommen, zweifelt man indes, ob der tatsächliche Verlauf bei geschlossenem Arbeitsmarkt diesem dargestellten, theoretisch möglichen Verlauf entspräche. Denn wie angedeutet, würde der Übergang von einem Wachstumsprozeß mit expandierendem Arbeitsvolumen auf ein Wachstum mit

Jeden Sonntag von Bremen Jeden Dienstag von Hamburg

Woche für Woche - immer zur gleichen, festen Zeit -
Fracht-Schnelldienste nach New York und Außenhäfen.
Hamburg - New York in 9-10 Tagen.



Unsere Schiffe sind mit Tiefkühl- und Kühlräumen ausgestattet.
Und noch ein Tip:
Container, Paletten und portable tanks stehen zur Verfügung.



United States Lines

52 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG: Telefon 32 16 71, Fernschr. 021 2873 - BREMEN: Telefon 30 08 11-17, Fernschr. 024 4307 - BREMERHAVEN: Telefon 4 69 51, Fernschr. 023 8716

stagnierendem, wenn nicht gar rückläufigem Arbeitsvolumen nicht ohne Schwierigkeiten erfolgen. Nichts verschafft die Gewißheit, daß die in diesem Fall eintretende oder erforderliche Dämpfung des Nachfragewachstums nicht auch zu einer zeitweiligen Kontraktion beträchtlich über das notwendige Maß hinausführen könnte. Und die Förderung der Angebotszunahme durch schneller steigende Kapitalintensität setzt bei Unternehmern und Arbeitnehmern eine Bereitschaft zu Strukturveränderungen und zu Änderungen des Arbeitsplatzes voraus, an deren Vorhandensein man zweifeln kann. Dazu kommt, daß sich just in dieser Phase erhöhten Investitionsrisikos für die Unternehmer (schneller steigende Kapitalintensität) die Einkommensverteilung bei abgeschlossenem Arbeitsmarkt tendenziell zuungunsten der Gewinnquote (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) entwickeln würde! Denn Arbeit wäre in dieser Situation relativ knapper. Vieles hinge von der Reaktion der Investoren und vom wirtschaftspolitischen Verhalten des Staates im einzelnen ab.

Man kann jedoch von Befürchtungen in dieser Hinsicht auch einmal absehen. Dann bleibt immer noch die schwerwiegende Einsicht, daß bei abgeschlossenem Arbeitsmarkt der Druck auf die volkswirtschaftlichen Grenzproduzenten, vor allem also die Strukturkrisenbereiche, stärker würde. Die Produktion dieser Bereiche müßte schneller als bei offenem Arbeitsmarkt Konkurrenzprodukten weichen, seien sie im Inland

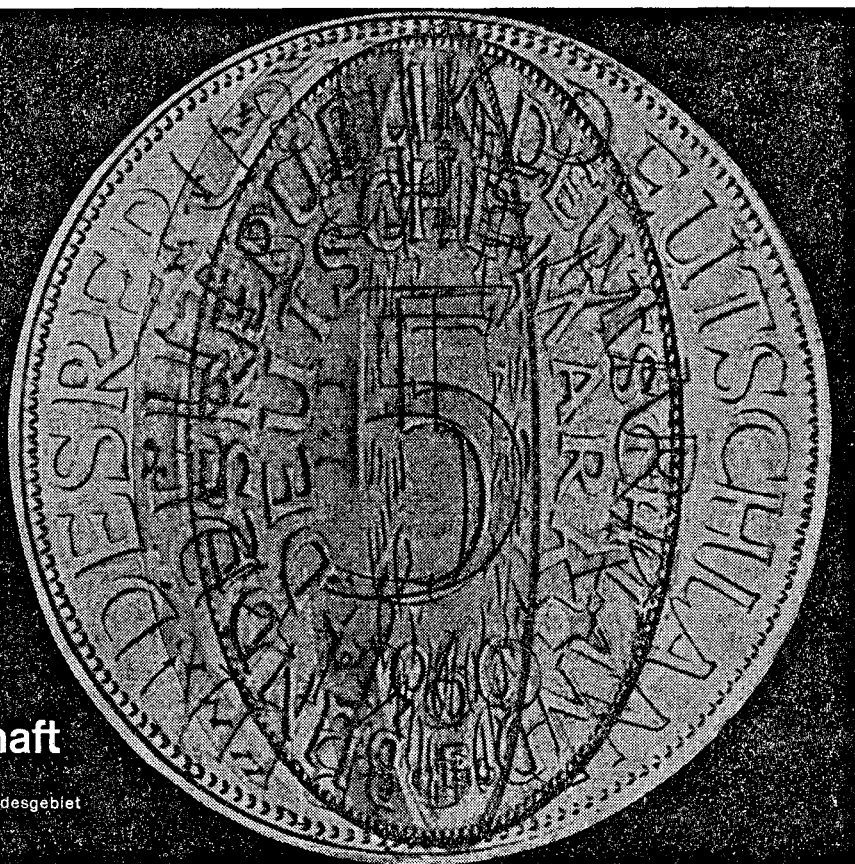
oder im Ausland erzeugt. Wer nun jedoch glaubt, gerade dies sei ein Argument für einen möglichst abgeschlossenen Arbeitsmarkt, sollte sich einmal nach der mutmaßlichen Reaktion der betroffenen Krisenbereiche fragen. Würden diese — Unternehmer und Beschäftigte, d. h. ihre Gewerkschaften solidarisch — nicht erhöhten Schutz gegen „Wettbewerbsverzerrungen“ fordern und mindestens teilweise durchsetzen? Damit würde dann wieder der Teil der schleichenden Inflation größer, der darauf zurückzuführen ist, daß im Zug immer weiterer Produktivitätssteigerungen nicht mehr ausreichend produktive Wirtschaftsbereiche oder -zweige auch dort entweder indirekt subventioniert oder von der Preiskonkurrenz durch entsprechende Handels- oder andere Schutzpolitik verschont werden, wo man unter Versorgungsgesichtspunkten ruhig eine Schrumpfung der Produktion hinnehmen könnte. Diese strukturbedingte Komponente des Preisauftriebes würde man sodann möglicherweise durch desto mehr Wachstumsrestriktion zu kompensieren versuchen. Ein verhängnisvoller Zirkel!

Die im abgeschlossenen Arbeitsmarkt unter günstigen Bedingungen beschleunigt steigende Kapitalintensivierung würde sich ferner weitgehend als Prozeß verstärkter Betriebs- und Unternehmenskonzentration manifestieren. Auch diese stößt sich schon unter den gegenwärtig gegebenen Umständen, stieße sich aber dann erst recht an Interessen, die sich mit Mittelstands- und anderen Argumenten als schutzwürdig empfehlen und

**Wenn es sich
um Geld dreht**

**Bank für
Gemeinwirtschaft**

Aktiengesellschaft
Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet



damit einen gewissen Schutz erreichen. Sieht man wirtschaftliches Wachstum als ständigen sozio-kulturellen Wandel und (Um-)Lernprozeß, so wird verständlich, warum ihm nicht alle gleich aufgeschlossen gegenüberstehen. Sie setzen ihm Widerstand entgegen, weil ihnen die „Kosten“ des „Fortschritts“ zu hoch erscheinen. Tatsächlich ist er ja auch ein Prozeß der Zerstörung, nur eben der „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter).

Sieht man die Probleme unter diesem Aspekt, so neigt man eher zu der Vermutung, daß die Realisierung vieler „Vorteile“, die der abgeschlossene Arbeitsmarkt mit sich bringen könnte, durch ungenügende wirtschaftspolitische Maßnahmen und/oder dadurch vereitelt würde, daß die von der dann weiter verschärften Knappheit an Arbeitskräften am stärksten Betroffenen unvermindert versuchen würden, Strukturbereinigungen hinauszuschieben. So blieben in erster Linie die Nachteile eines abgeschlossenen Arbeitsmarktes bestehen.

OFFENER ARBEITSMARKT — DIE BESSERE LÖSUNG

Gegenüber dieser Variante ist dann jedoch gewiß der offene Arbeitsmarkt die überlegene Lösung. Wenn man die Kosten eines schnelleren Strukturwandels schon als zu hoch empfindet, so kann man sich diesen Luxus eines ständig protektionistisch verlangsamten Strukturwandels bei allseitiger Konkurrenz gegenüber ausländischen Volkswirtschaften — vor allem auf den Auslandsmärkten selbst — eben am besten leisten, wenn man wenigstens ausländische Arbeitskräfte an der Konservierung mitarbeiten läßt.

Schließlich würde sich das Strukturproblem bei abgeschlossenem Arbeitsmarkt auch noch von einer anderen Seite her verschärfen. Wenn internationale Arbeitskräftewanderungen unterbunden sind, muß — wie bereits dargelegt — der Lohnanstieg schneller voranschreiten. Davon werden nicht nur strukturell anfällige Bereiche besonders betroffen, sondern auch Sektoren, die — wie bestimmte Dienste — nur geringe Produktivitätssteigerungen erzielen, ohne daß sie deshalb von der inländischen oder ausländischen Konkurrenz bedroht wären. Sie erfreuen sich vielmehr guter Nachfrage. Ihre relativen Preise müssen ständig steigen. Zweige, die eine immer unbeliebter werdende Arbeit zu bieten haben, befinden sich in derselben Lage. So

weit nun Industriezweige das Tempo der Lohnsteigerung bestimmen, die in der Produktivitätsentwicklung Überdurchschnittliches leisten, ohne ihre Preise laufend zu senken, müssen die relativen Preiserhöhungen der nachhinkenden Gruppen zwangsläufig Erhöhungen der absoluten Preise sein. Diese Preiserhöhungen schlagen auf das allgemeine Preisniveau durch, gerade weil sie durch Preissenkungen an Stellen überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung nicht kompensiert werden. Dies ist der zweite Bestandteil eines sozusagen strukturbedingten Preisaufliefes.

Der geöffnete Arbeitsmarkt erlaubt, auch diese Komponente möglichst klein zu halten. Da die Zuwanderung selektiert in dem Sinn ist, daß sie sich überwiegend aus beruflich noch wenig qualifizierten Arbeitskräften zusammensetzt, muß sie vielfach mit den bei den einheimischen Arbeitskräften unbeliebtesten und/oder gering bezahlten Tätigkeiten beginnen. Auf diese Weise bleibt es im offenen Arbeitsmarkt möglich, ohne Lohnzugeständnisse auch für diese Tätigkeiten Arbeitskräfte zu rekrutieren, während im geschlossenen Arbeitsmarkt sich von der Endnachfrage her der Druck zur Nivellierung der Löhne ohne Rücksicht auf Produktivitätsunterschiede, ferner eine Kompensation der Unbeliebtheit bestimmter Arbeitsverrichtungen durch um so höhere Bezahlung stärker durchsetzen würden.

Bei jeder Diskussion dieser Frage sollten auch die Quantitäten nicht aus den Augen verloren werden. Als die Schweiz begann, eine restriktivere Haltung in der Frage der Ausländerbeschäftigung einzunehmen, hatte deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung einen Satz von etwa 30 % erreicht. Dem entspräche in der Bundesrepublik eine Zahl von 7 Millionen Ausländern. Die tatsächliche Zahl beläuft sich auf etwa 1,2 Millionen.

Freilich soll nicht verschwiegen werden, daß neben oder an Stelle der Heranziehung ausländischer Arbeiter der Export von deutschem Kapital und unternehmerischer Initiative in die wirtschaftlich meist schwach entwickelten Herkunftsländer dieser Arbeitskräfte ebenso tragfähige Lösungen sein können. Die praktischen Entscheidungen werden jeweils nicht an Hand einiger simpler Grundsätze zu fällen sein. Sie müssen aus dem Einzelfall heraus entwickelt werden. Gerade jedoch weil sie dies ermöglicht, ist unter deutschen Gesichtspunkten die Öffnung des Arbeitsmarktes der Bundesrepublik für Ausländer eine vernünftige Entscheidung gewesen.

Dr. Dieter Hüb, Berlin

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
39 FILIALEN UND ZWEICSTELLEN IN CROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

„Gute Erfahrungen mit ausländischen Arbeitskräften“

Interview mit Hans Schmidt, Mitglied des Vorstandes der Ford-Werke AG., Köln

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Direktor Schmidt, wie viele ausländische Arbeitskräfte haben Sie zur Zeit absolut und prozentual in Ihrem Werk beschäftigt?

SCHMIDT: Von 22 900 sind es 9000. Das sind also knapp 40 %.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie haben damit einen sehr viel höheren Anteil ausländischer Arbeitskräfte an Ihren Beschäftigten, als er sich durchschnittlich für die deutsche Volkswirtschaft ergibt. Dort liegt der Anteil ausländischer Arbeitskräfte nur bei 5 %. Können Sie uns sagen, wie hoch die Kosten der Beschäftigung einer ausländischen Arbeitskraft in Ihrem Werk sind?

SCHMIDT: Sie liegen nicht wesentlich höher als die Kosten für eine deutsche Arbeitskraft, die von außerhalb Kölns herangeführt wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Gibt es darüber keine Zahlen?

SCHMIDT: Nein, es gibt keine Zahlen darüber. Die Kosten für die Heranführung einer Arbeitskraft von außerhalb Kölns bestehen im wesentlichen in der Unterbringung und natürlich in den „Transportkosten“, wenn ich das einmal so sagen darf, von dem betreffenden Heimatort nach Köln. Also im Falle einer ausländischen Arbeitskraft entweder aus der Türkei, aus Italien oder Spanien. Die Unterbringungskosten sind praktisch die gleichen wie bei einer deutschen Arbeitskraft, die in einem Heim untergebracht wird. Indessen gibt es einen anderen Faktor, das ist die Fluktuation, die bei den ausländischen Arbeitskräften höher ist als bei den deutschen. Sie beträgt bei uns etwa 40 %. Und ein fluktuierender Arbeiter kostet zusätzliches Geld. Wir rechnen mit mehr als 1000 Mark pro Mann, der uns verläßt, an sog. Fluktuationskosten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie sieht es von der Ertragsseite aus? Können Sie uns sagen, wie hoch der Produktionsbeitrag je ausländische Arbeitskraft ist? Gibt es da auch einen Unterschied?

SCHMIDT: Wir setzen Ausländer nur an Arbeitsplätzen ein, für die sie geeignet sind. Und da stellen wir keinen Unterschied fest. Der einzige Unterschied besteht in der Anlernzeit, weil ausländische Arbeitskräfte meistens völlig ungewohnt sind, industriellen Raum zu betreten. Sie brauchen infolgedessen etwa das Doppelte der Anlernzeit deutscher Arbeitskräfte.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie entlohnen Sie die ausländischen Arbeitskräfte? Genauso wie die deutschen, oder differenzieren Sie da?

SCHMIDT: Bei uns zahlt der Arbeitsplatz einen festen Lohn, und der Arbeitsplatz zahlt an den Ausländer genau den gleichen Lohn wie an den Deutschen.

WIRTSCHAFTSDIENST: An welcher Art von Arbeitsplätzen sind Ihre ausländischen Kräfte tätig? Gibt es eine Konzentration von Ausländern in den weniger qualifizierten Beschäftigungsbereichen?

SCHMIDT: Sie sind im Grunde genommen in allen Bereichen tätig. Es wird Sie interessieren, daß wir jetzt zum Beispiel aus Italien Facharbeiter bekommen, die auf Schulen ausgebildet worden sind, Schulen, die zum Teil durch unsere Initiative gefördert wurden. Hier bei Ford in Köln haben wir bereits 200 Italiener als Werkzeugmacher und Gesenkmacher eingesetzt, die von diesen Schulen kommen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Die ausländischen Arbeitskräfte haben bei Ihnen also auch Aufstiegsmöglichkeiten?

SCHMIDT: Ja, nur ist hierbei natürlich die Sprache das entscheidende Moment. Jeder Ausländer, der die deutsche Sprache hinreichend beherrscht, hat dieselben Aufstiegsmöglichkeiten wie jeder andere Mitarbeiter im Hause. Wir haben bereits heute italienische Meister, die aber keineswegs nur Italiener, sondern gemischte Gruppen, bestehend aus anderen Ausländern und natürlich auch Deutschen, unter sich haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Was tun Sie, um die Sprachkenntnisse Ihrer ausländischen Arbeitskräfte zu fördern?

HANS SCHMIDT

wurde am 2. 2. 1905 in Roßlau Krs. Dessau geboren. Nach der bei Bielefeld verbrachten Jugendzeit studierte er Betriebs- und Volkswirtschaftslehre bei Eugen Schmalenbach, Werner Sombart, Leitner und Melchior Palyi in Köln und Berlin. Unmittelbar nach seinem Examen 1931 trat der junge Diplom-Kaufmann Schmidt in die Verkaufsorganisation der Ford-Werke in Berlin ein. 1933 wechselte er in die Zentrale der Ford-Werke in Köln über, wo er ebenfalls im Verkauf tätig war. Während des Krieges hatte Schmidt die stellvertretende Leitung des Antwerpener Ford-Werkes inne. Nach dem Zusammenbruch wurde er Assistent des Generaldirektors in Köln und übernahm anschließend die Leitung des Verkaufs. Seit 1955 ist Hans Schmidt das für das Personalwesen zuständige Vorstandsmitglied der Ford-Werke AG in Köln.

NIEBUHR

Für Sie und Ihre Gäste

Bekannt für Qualitäts-Weine und -Spirituosen

**Helene Niebuhr Wwe., Hamburg · Flensburg · Rendsburg
Kiel · Nürnberg · Mettenheim/Rhein**

SCHMIDT: Wir haben deutsche Sprachkurse für Italiener und für Türken. Diese Sprachkurse werden sowohl von den Ford-Werken direkt als auch von den Wohnheimen betreut. Die Heime stehen bei uns unter der Verwaltung des Jugendsozialwerks, einer besonderen Organisation, zu deren Kuratorium u. a. Bundestagspräsident Gerstenmaier und Prof. Carlo Schmid gehören. Sie beschäftigt in erster Linie hauptamtliche Sozialpädagogen, erstklassig geschulte Kräfte, die sich mit der Betreuung der Ausländer- und auch deutscher Junggesellen-Heime befassen. Neben den Sprachkursen gibt es in den Heimen alle möglichen anderen Kurse, zum Beispiel Koch-Kurse, damit die Türken und Italiener lernen, eine Mahlzeit herzustellen, die unserem Klima gerecht wird. Sie lernen aber auch, ihre eigenen nationalen Gerichte selbst herzustellen. Das alles tun sie mit großer Begeisterung. Daneben haben wir Hobby-Räume, zum Beispiel Tischlereien oder Foto-Labors. Unter Leitung des Jugendsozialwerks nehmen sie sogar an Facharbeiterkursen teil. Dies gibt den ausländischen Arbeitskräften die Möglichkeit, ihre Fachkenntnisse zu erweitern und sich so zumindest zu einer angelernten Arbeitskraft zu entwickeln.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn auch in Ihrem Werk die ausländischen Arbeitskräfte — selbst außerhalb der Arbeitszeit — integriert worden sind, so läßt sich das für die Volkswirtschaft als Ganzes nicht sagen. Es ist in der Öffentlichkeit des öfteren an der Ausländerbeschäftigung Kritik geübt worden, und in diesem Zusammenhang ist gesagt worden, wir könnten in Deutschland um das Problem der

ausländischen Arbeitskräfte herumkommen, indem wir die deutschen Arbeitskräfte auffordern, zum Beispiel eine Stunde pro Tag länger zu arbeiten. Dieser Vorschlag ist etwa von Bundeskanzler Erhard, aber auch von Dr. Günter Henle, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, gemacht worden. Wie sieht es in Ihrem Betrieb mit der Möglichkeit der Substituierung von Ausländern durch deutsche Arbeitskräfte, also Verlängerung der Arbeitszeit der vorhandenen deutschen Beschäftigten aus?

SCHMIDT: Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte ist bei uns relativ hoch, weil wir in den letzten zehn Jahren sehr schnell expandiert haben. Wir haben in den letzten zehn Jahren unsere Belegschaft immerhin verdreifacht! Wir sind nicht in der Lage, die ausländischen Arbeitskräfte durch deutsche zu ersetzen. Versuche, die wir in den letzten zwei Jahren in dieser Richtung gemacht haben, und zwar planmäßig, sind bisher negativ verlaufen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Nun könnte man natürlich ausländische

Arbeitskräfte auch anders ersetzen. Man könnte zum Beispiel automatisieren, man könnte Kapitalinvestitionen machen. Stellt sich diese Frage für Sie in Ihrem Betrieb überhaupt, oder ist das nur eine theoretische Möglichkeit?

SCHMIDT: Die stellt sich laufend, aber nicht mit dem Ziel, ausländische Arbeitskräfte zu ersetzen, sondern generell zu rationalisieren. Wir rationalisieren stets dann, wenn wir Kosten sparen können, und das ist unabhängig von der Frage der Beschäftigung deutscher oder ausländischer Arbeitskräfte.

WIRTSCHAFTSDIENST: Könnte sich da in längerer Sicht ein Wandel ergeben? Könnte beispielsweise der Fall eintreten, daß man so weit rationalisiert, daß immer weniger Arbeitskräfte gebraucht werden und man dann naturgemäß nur auf diejenigen Arbeitskräfte zurückgreift, die in der Umgebung des Arbeitsplatzes zu bekommen sind?

SCHMIDT: Die Gefahr, daß der Rationalisierungsprozeß so schnell vor sich gehen könnte, daß eine Freisetzung einer größeren Anzahl von Arbeitskräften in absehbarer Zeit nötig wäre, sehe ich vorläufig nicht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Schmidt, es ist häufig der Vorschlag gemacht worden, statt die Arbeit zum Kapital wandern zu lassen, also ausländische Arbeitskräfte beispielsweise in Deutschland zu beschäftigen, Kapital zu exportieren, also in die Gebiete

PROZENTUALE VERTEILUNG NICHTDEUTSCHER ARBEITNEHMER AUF DIE EINZELNEN WIRTSCHAFTSZWEIGE IN DER BUNDESREPUBLIK 1)

Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei	1,2
Bergbau und Energiewirtschaft	5,8
Eisen- und Metallindustrie	32,8
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarbeitung)	23,8
Bau und Bauhilfsgewerbe	21,5
Handel, Geld- und Versicherungswesen	4,3
Dienstleistungen	4,2
Verkehrswesen	2,7
Öffentlicher Dienst	3,7

1) Stand vom 30. 9. 1964, einschl. Westberlin.

zu gehen, in denen noch Arbeitskräfte frei sind. Wie stellt sich diese Frage für Ihr Werk?

SCHMIDT: Wir sind diesen Weg bereits gegangen, und zwar aus der ganz einfachen Erkenntnis heraus, daß wir in Köln mit einer Größenordnung von etwa 22 900 Lohnempfängern und etwa 7500 Gehaltsempfängern noch gerade balancieren können durch Ersatz der Fluktuation, darüber hinaus aber nicht. Wir können hier nicht mehr expandieren und sind infolgedessen nach Belgien gegangen, in ein Gebiet, das einem Strukturwandel unterliegt. Im Bergbau nämlich wurden dort Arbeitskräfte frei, und wir sind in dieses Gebiet nicht zuletzt auf Anregung der belgischen Regierung gegangen, wo wir dann die freien Arbeitskräfte beschäftigen konnten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Können Sie uns Zahlen nennen über die Wirtschaftlichkeit der beiden Alternativen?

SCHMIDT: Es gibt eine ganze Reihe von Aspekten, die man dabei berücksichtigen müßte; wenn Sie die Dinge rein von der Kosten- seite her betrachten, so ist der Anlauf eines Unternehmens auf der grünen Wiese in einem Land, das bisher nicht industrialisiert war, kostenmäßig ungünstiger und erfordert eine längere Zeit. Es ist also günstiger, in einem Unternehmen, das bereits eine Stamm-Mannschaft besitzt wie in Köln, ausländische Arbeitskräfte einzublenden und sie dann relativ schnell in den Produktionsprozeß einzugliedern, als ein völlig neues Werk mit völlig ungeschulten Arbeitskräften neu entstehen zu lassen. Aber beides ist möglich.

WIRTSCHAFTSDIENST: Aus Ihren Ausführungen kann man entnehmen, daß Sie, insgesamt gesehen, mit den ausländischen Arbeitskräften, die Sie hier in Köln beschäftigen, gute Erfahrungen gemacht haben.

SCHMIDT: Ja, durchaus.

WIRTSCHAFTSDIENST: Bezieht sich diese Aussage auch auf die Arbeitsmoral?

HERKUNFTSLÄNDER DER IN DER BUNDESREPUBLIK BESCHÄFTIGTEN NICHTDEUTSCHEN ARBEITNEHMER¹⁾

Herkunftsland	absolut	in %
Italien	372 375	30,6
Griechenland	187 149	15,4
Spanien	182 764	15,0
Türkei	132 741	10,9
Portugal	14 006	1,2
Sonstige	327 694	26,9
Insgesamt	1 216 729	100,0

¹⁾ Stand vom 30. 9. 1965, einschl. Westberlin.

SCHMIDT: Die Arbeitsmoral ist, abgesehen von der schon erwähnten Tendenz zur Fluktuation, durchweg gut. Wir haben keine besonderen Schwierigkeiten. Und diese Tendenz zur Fluktuation ist wahrscheinlich in erster Linie auch eine natürliche. In ihr wird nämlich der Wunsch erkennbar, nach einer gewissen Zeit wieder zur Familie zurückzukehren.

WIRTSCHAFTSDIENST: Können Sie feststellen, daß ein wesentlicher Prozentsatz Ihrer hier beschäftigten Ausländer die Tendenz hat, in Deutschland zu bleiben?

SCHMIDT: Wir können noch nicht sagen: ein „wesentlicher“ Prozentsatz. Es gibt aber Tendenzen in der Richtung. Es gibt auch neuerdings Erscheinungen, daß zum Beispiel Italiener, die als Arbeitskräfte in der organisierten Form durch Anwerbung einer der offiziellen staatlichen Stellen hierher gekommen sind, dann wieder zurückwandern und jetzt als freie Europäer — ich sage ausdrücklich „freie“, d. h. also unorganisiert — hierher kommen und sich als Arbeitskräfte melden. Das tun sie dann oft aber nicht mehr allein, sondern zusammen mit Verwandten oder zumindest mit ihrer Frau. Bei diesen Arbeitskräften, die ganz offensichtlich nach Deutschland zurückkehren, weil sie hier gern gearbeitet haben, ist die Tendenz festzustellen, endgültig hierzubleiben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Man hat häufig vor den sozialen Problemen gewarnt, die mit der Beschäftigung von ausländischen Arbeits-

kräften einhergehen — insbesondere dann, wenn sie die Tendenz zeigen, im Gastland zu bleiben.

SCHMIDT: Sie brauchen nur mal einige Jahrzehnte zurückzublenden, und Sie brauchen sich nur mal die Mannschaft des Fußballklubs „Schalke 04“ anzusehen, dann sehen Sie, daß das Problem gar nicht so neu ist. Das haben wir ja schon mal gehabt. Wie Sie wissen, haben sich Polen in Deutschland angesiedelt, und sie sind eingegliedert worden. Heute sind sie nicht nur hervorragende Fußballspieler, sondern gute deutsche Bürger.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn wir Sie richtig verstehen, Herr Schmidt, so würden Sie auch dafür plädieren, daß andere Unternehmen, deren Probleme ähnlich gelagert sind wie die Ihres Unternehmens, ausländische Arbeitskräfte in größerem Umfange beschäftigen sollten?

SCHMIDT: Wir sehen keine grundsätzlichen Schwierigkeiten darin; man muß allerdings, wenn man ausländische Arbeitskräfte in dem Umfange beschäftigt, wie wir es tun, auch dafür sorgen, daß sie richtig betreut werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Darüber haben wir vorhin schon einiges gehört. Zum Schluß noch eine Frage, Herr Schmidt: Nehmen wir an, es käme ein konjunktureller Rückschwung. Welche Arbeitskräfte würden Sie zuerst entlassen?

SCHMIDT: Wir würden in erster Linie diejenigen entlassen, die weniger leistungsfähig sind, und das brauchen keineswegs die Ausländer zu sein.